

**Autor: Younes Metlej**

Die soziale Bewegung der Bürgerwehr – eine Gefahr für die deutsche Staats- und Rechtsordnung?

Eine Analyse der Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Intervention

Die Arbeit befasst sich dem Ansatz der sozialen Bewegung folgend mit den modernen Bürgerwehren, die sich seit dem Jahr 2015 vermehrt in Deutschland bildeten. In einem zweiteiligen Vorgehen werden zunächst die Besonderheiten der Bürgerwehren ausgearbeitet, die für oder gegen eine potentielle Gefahr für die deutsche Staats- und Rechtsordnung sprechen, bevor im zweiten Schritt die folgende Forschungsfrage Gegenstand der Untersuchung ist: *Welche Interventionsmöglichkeiten staatlicher Institutionen bestehen zur Minimierung der Gefahren, die von Bürgerwehren für die deutsche Staats- und Rechtsordnung ausgehen, und wo sind ihre Grenzen?*

Die Untersuchung unterliegt einer kriminalsoziologischen wie kriminalpolitischen Rahmung, weitere Bestandteile entstammen den Gebieten der Rechtswissenschaft und der Polizeiwissenschaft.

Die Ausarbeitung der speziellen Charakteristika der modernen Bürgerwehren erfolgt anhand dreier etablierter Theorien sozialer Bewegungen (Theorie neuer sozialer Bewegungen, Framing-Ansatz, Konzept der Gelegenheitsstrukturen). Die daran gemessene Notwendigkeit, die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Intervention werden hingegen u.a. mittels zweier Experteninterviews, welche die Bereiche des Verfassungsschutzes, der Polizei und der Politik abdecken, untersucht.

Zwischenergebnis ist, dass moderne Bürgerwehren als soziale Bewegungen durch u.a. hohes Mobilisierungspotential, geringe zu erwartende Sozialkontrolle, teils gezielte Instrumentalisierung der Angst und hohe Anschlussfähigkeit an fremdenfeindliche und rechtsextreme Denkmuster als Gefahr für die deutsche Staats- und Rechtsordnung klassifiziert werden müssen. Anhand von Leitlinien sechs verschiedene Institutionen betreffend werden die bestehenden Interventionsmöglichkeiten seitens des Staates zusammengefasst, die vorrangig die Vermittlung subjektiven Sicherheitsgefühls als Grundlage zur Stärkung wahrgenommener Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols und entsprechender Akzeptanz zum Ziel haben.

Anhand der Ergebnisse empfiehlt sich weitergehende Forschung sowie die Etablierung entsprechender raumbezogener Taskforces, welche die Maßnahmen der angesprochenen Institutionen planen, koordinieren und evaluieren.